

„Wir waren nie überzeugt von dieser Quote und schaffen sie ab, bevor Richter in Kurtinig urteilen oder es in St. Ulrich oder Natz erneut Probleme gibt.“

Regionalassessor Sepp Nogglar



140 Mio. €

hat der neue Verbrennungsöfen in der Nähe der Autobahneinfahrt Bozen-Süd gekostet. Zur Zeit ist die Anlage aber nur zu etwa 70 Prozent ausgelastet.



Vorschuss auch für Mehrfamilienhäuser

BOZEN (LPA). Nach dem Erfolg der Steuervorschüsse des Landes auf die vom Staat vorgesehenen Steuergutschriften für die Sanierung von Erstwohnungen soll nun die Möglichkeit überprüft werden, dieses Modell auch auf Mehrfamilienhäuser auszudehnen. „Der Steuervorschuss ist ein Erfolgsmodell, das gut funktioniert“, erklärte gestern Baulandesrat Christian Tomasini gegenüber Gewerkschaftsvertretern. „Durch den Vorschuss sind Anreize zu Sanierungsarbeiten geschaffen worden, und gleichzeitig sind viele Aufträge an Handwerksbetriebe erteilt worden.“ Nun soll überprüft werden, das Modell der Finanzierungen auch bei Sanierungen von Mehrfamilienhäusern anzuwenden. Bekanntlich kann jemand, der saniert, um ein zinsloses Darlehen mit einer Laufzeit von zehn Jahren und zur Deckung von 50 Prozent der angefallenen oder anfallenden Kosten für die Sanierung ansuchen.

Frauenquote: Mit Vollgas zurück

GEMEINDEAUSSCHÜSSE: Nach Rekursen aus Kurtinig und Glurns will Regionalregierung heute umstrittene Aufrundungen abschaffen

BOZEN (bv). Keine vier Monate nach der Gemeindevahl rudert die Politik in Sachen Frauenquote zurück – und zwar im Schnellgang. Noch bevor das Gericht über die von Kurtinig und Glurns angestrebten Rekurse entscheidet, wird die umstrittene Aufrundung bei den Referentinnen abgeschafft. Den entsprechenden Vorschlag legt Assessor Sepp Nogglar heute der Regionalregierung vor.

Die Vorgeschichte hat viel Staub aufgewirbelt: Mit Erfolg hatten sich Kurtinig und Glurns vor dem Verwaltungsgericht gegen die überzogene Anwendung der Frauenquote in den Gemeindeausschüssen gewehrt. Laut Wahlgesetz muss das unterrepräsentierte Geschlecht (im Regelfall die Frauen) im Ausschuss mindestens anteilmäßig zu seiner Präsenz im Gemeinderat vertreten sein. Und „mindestens“ heißt für Land und Region, dass bei kleinsten Kommastellen aufzurunden ist. In Kurtinig hätte der Bürgermeister bereits bei einem Quotienten von 2,08 drei Damen in den Ausschuss berufen müssen.

Das hat er nicht getan – und muss es wohl nie tun. Zum einen, weil das Verwaltungsge-



Die Politik rudert zurück, und in Kurtinig muss keine dritte Frau in den Gemeindeausschuss.

richt die Aufforderung des Landes, drei Damen zu benennen, weil man andernfalls den Gemeinderat auflöst, bis 19. November ausgesetzt hat. Zum an-

deren, weil die Politik jetzt den Rückwärtsgang einlegt.

„Wir waren nie überzeugt von dieser Regelung“, so Regionalassessor Nogglar. Heute legt er der

Regionalregierung zwei Varianten vor, die unglückselige Arithmetik aus der Welt zu schaffen. „Und zwar bevor es zum Richterspruch in Glurns und Kurtinig

kommt.“ Dies sei aber nicht der einzige Grund: Am 15. November wählen Natz-Schabs und St. Ulrich neue Gemeinderäte. „Wir möchten nicht, dass es dort erneut zu Quoten-Sorgen kommt.“

Doch nun zu den Varianten: Die erste verpflichtet jede Gemeinde, ab einem Frauenanteil von 30 Prozent im Gemeinderat zwei Frauen in den Ausschuss zu holen. Bei Variante zwei wird das Wort „mindestens“ gestrichen. Somit muss erst bei 1,5 auf zwei aufgerundet werden. „Jede Gemeinde kann Frauen auch stärker berücksichtigen – aber nicht als Zwang“, so Nogglar.

SVP-Frauenchefin Renate Gebhard ist mit einer Änderung einverstanden und bevorzugt Variante zwei. Die kuriose Aufrundung sei „nicht vermittelbar“. Trotzdem dürfe es für die Frauen zu keiner Verschlechterung kommen. „Ganz wichtig ist uns, dass jede Gemeinde, wenn auch freiwillig, mehr Frauen in den Ausschuss holen kann, als von reiner Mathematik vorgesehen.“

Bleibt zu sagen, dass für das Trentino auch eine Änderung bei den Vorzugsstimmen bei Gemeindevahlen anvisiert wird. In Südtirol soll es hingegen bei vier Vorzugsstimmen und keinerlei Verpflichtung, eine davon dem jeweils anderen Geschlecht zu geben, bleiben.

„Stinkendes“ Problem geklärt

LANDESREGIERUNG: Gemeinde kann Klärgruben-Gebühr bei Bedarf kassieren

BOZEN (ler). Weil eine Abwasserleitung zu lang und damit zu kostspielig wäre, sind eine Reihe von Haushalten und Betrieben nicht direkt an die öffentliche Kläranlage angeschlossen, sondern sie betreiben eine eigene Sickergrube. Diese darf nur über die Gemeinde entleert werden, dafür stellt sie jährlich eine Gebühr in Rechnung – unabhängig davon, ob die Anlage tatsächlich

ausgepumpt wurde oder es vielleicht nur alle zwei Jahre notwendig war.

Das sorgte für verständlichen Unmut bei Klärgruben-Besitzern, und darauf reagierte gestern die Landesregierung. Sie beschloss, dass die Gemeinden künftig selbst entscheiden können, ob sie wie bisher eine jährliche Gebühr einfordern oder nur eine Rechnung ausstellen,

wenn eine Entleerung tatsächlich durchgeführt wurde.

„Die Gemeinden haben damit mehr Spielraum, aber sie müssen weiterhin darauf achten, dass die Kosten für die Abwasserentsorgung über die Tarife gedeckt sind“, stellte Landeshauptmann Arno Kompatscher auf der Medienkonferenz nach der Regierungssitzung klar.

© Alle Rechte vorbehalten

Vorfahrt für Euregio-Beschlüsse

LANDESREGIERUNG: Umsetzung der Projekte soll beschleunigt werden

BOZEN (LPA). Die Arbeit der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino (EVTZ) soll in Zukunft schneller und mit weniger Bürokratie umgesetzt werden. Den Weg dafür ebnen soll ein Beschluss, den die Landesregierung gestern bei ihrer Sitzung absegnete.

Dieser sieht unter anderem vor, dass Entscheidungen des EVTZ-Vorstandes bei der jewei-

ligen Landesverwaltung mit Priorität behandelt werden. Zudem wird sowohl in Innsbruck als auch in Bozen und Trient im Büro des Landeshauptmanns eine Ansprechperson in Sachen Euregio ernannt. Die Mitglieder der Landesregierungen sollen sich zumindest einmal im Jahr treffen, um Bilanz über die gemeinsamen Projekte zu ziehen oder neue anzustoßen. „Die Eu-

roparegion hat eine äußerst schlanke Struktur. Bei der Umsetzung ihrer Beschlüsse muss sie sich auf die Verwaltungen der drei Länder stützen“, erklärte gestern Landeshauptmann Arno Kompatscher.

Die Landesregierung in Innsbruck hatte diesen Beschluss in der vergangenen Woche getroffen, auch jene in Trient wird dies demnächst tun.

© Alle Rechte vorbehalten

Das Rechnen mit den Müll-Importen

ABFALLENTSORGUNG: Land will Verbrennungsanlage in Bozen besser auslasten – Import ist eine der überprüften Möglichkeiten – Protestaktion von Verbänden

BOZEN (ler). Ein klares Nein hört sich anders an. In Rom wird die Staat-Regionen-Konferenz heute über das Regierungsdekret sprechen, das eine volle Auslastung der bestehenden Müllverbrennungsöfen vorsieht. Damit müsste die „unterbeschäftigte“ Anlage in Bozen-Süd auch Abfall aus anderen Regionen aufnehmen – was aber ein Landesgesetz aus dem Jahr 2006 verbietet.

Trotzdem legte sich Landeshauptmann Arno Kompatscher gestern auf der Pressekonferenz nach der Regierungssitzung keineswegs darauf fest, dass er beim Treffen in Rom (er selbst kann heute nicht daran teilnehmen) ein deutliches Nein deponieren würde. „Wir sagen nicht einfach nur aus Prinzip Nein“ – „Wir wären dumm, wenn wir uns das nicht durchrechnen würden“ – waren zwei Sätze aus seinen Überlegungen gestern vor den Medienleuten.

Und tatsächlich rechnet das Land die Sache mit den Müllimporten bereits durch. Wie der



Argante Brancalion (links) von „Ambiente & Salute“ und Klauspeter Dissinger (rechts) vom Dachverband für Natur- und Umweltschutz überreichen Landeshauptmann Arno Kompatscher den offenen Brief.

Landeshauptmann informierte, ist die vor zwei Jahren fertiggestellte und fast 140 Millionen Euro teure Verbrennungsanlage in der Nähe der Autobahneinfahrt Bozen-Süd „nur zu etwa 70 Prozent“ ausgelastet. Eine Reihe von guten Gründen sprechen laut Kompatscher dafür, den Ofen auf

Vollbetrieb zu bringen. „Eine besser ausgelastete Anlage funktioniert besser“, argumentierte der Landeshauptmann. Dazu komme, dass aus der Verbrennung Wärme und Strom gewonnen werden, die unter anderem das Krankenhaus und Wohnanlagen versorgen. „Damit lässt sich der

Hausbrand reduzieren und die Luftqualität in Bozen verbessern“, so Kompatscher. Nicht zuletzt bringe mehr verbrannter Müll mehr Einnahmen, damit könnten schlussendlich die Tarife für die Abfallentsorgung gesenkt werden.

Zwei Optionen für bessere Auslastung

Geht das Südtiroler Importverbot für Müll bei diesen guten Argumenten bald in Rauch auf? Landeshauptmann Kompatscher betonte nachdrücklich, dass „keine Vorentscheidung“ getroffen sei. Vielmehr würde mit einer Studie vorerst „auf sachlich-technischer Ebene“ geprüft, welche Möglichkeiten es gebe, den Müll für den Vollbetrieb des Ofens aufzutreiben. Option eins: Der benötigte „Brennstoff“ könnte bereits im Land vorhanden sein, unter anderem ließen sich zusätzliche Materialien in Bozen verfeuern. Kompatscher nannte als Beispiel den Sperrmüll. Die zweite Mög-

lichkeit sei der Import von Abfall aus Nachbargebieten. „Vorher müssen wir uns auf jeden Fall mit der Standortgemeinde Bozen absprechen“, schloss der Landeshauptmann seine Ausführungen.

Dazu veranlasst hatten ihn der Dachverband für Natur- und Umweltschutz und der Verein „Ambiente & Salute“, die auf dem Platz vor dem Landhaus zur Protestkundgebung gegen die Bestimmungen des Regierungsdekrets „Sblocca Italia“ zur Müllverbrennung geladen hatten. Die Müllpolitik der Regierung Renzi lasse die bisherigen Bemühung zur Abfallvermeidung und zur Wiederverwertung von Materialien in Rauch aufgehen, kritisierten die Vertreter der beiden Verbände. Damit schlage man den Weg frei für den Bau neuer Öfen.

In einem offenen Brief überreichten die Vorsitzenden Argante Brancalion („Ambiente & Salute“) und Klauspeter Dissinger vom Dachverband ihre Forderungen dem Landeshauptmann.

© Alle Rechte vorbehalten



Der neue Verbrennungsöfen in Bozen.

DLife/LO